

! STANDPUNKT

FORDERUNGEN DER AK AN DIE NEUE BUNDESREGIERUNG

In einem Leitantrag hat am 5. 11. 2002 die Vollversammlung der AK Wien ihre Forderungen an die neue Bundesregierung beschlossen.



WIEN

Alle wichtigen Indikatoren zeigen, dass sich in den letzten zweieinhalb Jahren die wirtschaftliche und soziale Lage verschlechtert hat. Eine wirtschafts- und sozialpolitische Neuausrichtung, die sich wieder an den Zielen Beschäftigung, Wachstum und soziale Sicherheit orientiert, ist dringend notwendig.

Die Vollversammlung der AK Wien fordert kurzfristig ein Programm zur Stützung und Belebung der Konjunktur durch Entlastung der Masseneinkommen sowie eine Infrastruktur- und Arbeitsmarktoffensive.

Mit fast 7 Prozent wird Österreich heuer die höchste Arbeitslosenrate seit 1998 und mit 256.000 die höchste Zahl an Arbeitssuchenden seit 1945 haben.

Beim Wirtschaftswachstum, das in den neunziger Jahren besser war als im europäischen Durchschnitt, ist Österreich an die vorletzte Stelle in der EU zurückgefallen.

Bei der Entwicklung der Einkommen der Arbeitnehmer, konkret dem Reallohn pro Beschäftigten netto, ist Österreich Schlusslicht in der EU geworden.

Die unteren Einkommensschichten wurden durch eine Welle von Steuer- und Gebührenerhöhungen überdurchschnittlich belastet.

Angesichts dieser gravierenden Verschlechterungen fordert die Vollversammlung der AK Wien dringend Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation, zur Entlastung der Masseneinkommen und mehr Mittel für Investitionen in die Zukunft.

SOFORTMASSNAHMEN

- Eine sofortige Steuerreform muss die Einkommen der Arbeitnehmer insbesondere der unteren und mittleren Einkommensschichten entlasten.
- Eine Infrastrukturoffensive, die alle baureifen Projekte zum Ausbau des Schienennetzes und im Straßenbau kurzfristig umsetzt.
- Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik müssen das Recht auf Ausbildung für Jugendliche sowie das Recht auf Qualifikation und Weiterbildung bei Verlust des Arbeitsplatzes gewährleistet und Wiedereinstiegshilfen angeboten werden.

UNSOZIALE GEBÜHREN ABSCHAFFEN

Die kurz vor der Auflösung des Nationalrates beschlossenen Änderungen bei der Ambulanzgebühr beseitigen den unsozialen Charakter dieses Selbstbehaltes nicht, weil die Ambulanzgebühr weiterhin den Zugang zur Gesundheitsversorgung gefährdet. Viele Leistungen für Patienten sind nur in Ambulanzen zugänglich und können von Fachärzten nicht oder nicht in allen Regionen angeboten werden. Durch die

im Schnellschuss erfolgte Erweiterung der Ausnahmen wird zusätzlich zu den bereits bestehenden Problemen die Administration nur noch weiter kompliziert.

Unfallrentenbezieher mussten durch die Besteuerung untragbare Einkommensverluste hinnehmen. 63 Prozent der Unfallrentenbezieher sind Pensionisten. Die Summe des durchschnittlichen Einkommens aus Pension und Unfallrente liegt bei knapp über 1.000 Euro brutto. Auch die versuchte Reparatur über Härtefallregelungen hat an der grundsätzlich unsozialen und gleichheitswidrigen Besteuerung nichts geändert.

Studiengebühren bedeuten Zugangsbeschränkungen zu den Hochschulen. Sie fallen besonders für berufstätige Studierende auf Grund längerer Studienzeiten weit höher aus als für Vollzeitstudierende. Für Einkommensschwächere führen Studiengebühren zu zusätzlichen massiven Belastungen. Verbesserte Studienbedingungen sind dadurch nicht zu erreichen.

BILDUNGSOFFENSIVE

In den letzten Jahren wurden keine ausreichenden Investitionen in die Ausbildung der österreichischen Jugendlichen getätigt. Die Vollversammlung der AK Wien verlangt **„ein Recht aller Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz“** und **„eine Bildungsoffensive zur Höherqualifizierung der Bevölkerung“**.

Durch ein flächendeckendes Angebot an ganztägigen Schulen muss der Anteil der Jugendlichen mit positivem Pflichtschulabschluss angehoben werden. In den Schulen muss es auch wieder möglich sein, kostenlos den Hauptschulabschluss nachzuholen. Berufs- und Bildungswegorientierung muss in der Mittelstufe ausschließlich als verbindliche Übung angeboten und auch in allen Formen der Oberstufe verankert werden.

Für die Lehrausbildung sollen wieder Stiftungen eingeführt werden, in denen eine Ausbildung auch abgeschlossen werden kann. Die Grundlage dafür, das Jugendausbildungssicherungsgesetz (JASG), soll auf Dauer gelten. Die Qualität der Lehrausbildung ist durch Ausbildungsverbände und Ausbildung für die Ausbilder zu fördern. Die Lehrausbildungsprämie soll an Qualitätskriterien wie bestandene Lehrabschlussprüfung oder Absolvierung zusätzlicher Ausbildungen gebunden werden.

Für die berufsbildenden Schulen fordert die Vollversammlung ein Schulbauprogramm. In Wien soll eine zusätzliche Handelsakademie und ein zusätzlicher Standort für Informatikberufe eingerichtet werden. Darüber hinaus müssen die berufsbildenden Schulen modernisiert werden, um für Zukunftsberufe auszubilden zu können.

Für die Fachhochschulen muss es einen Ausbauplan geben, um den Anteil der Fachhochschul-Studierenden an der Gesamtzahl der Studierenden auf bis zu 25 Prozent zu steigern. Verstärkt soll darauf Rücksicht genommen werden, dass auch Personen ohne traditionelle Matura und Berufstätige ein Fachhochschulstudium machen können.

QUALITÄT BEI DER BESCHÄFTIGUNG VON FRAUEN ERHÖHEN

Die Frauenbeschäftigung ist zwar in den letzten Jahrzehnten gestiegen, die Qualität der Beschäftigung lässt jedoch zu wünschen übrig. Ein Drittel der unselbständig erwerbstätigen Frauen arbeitet in Teilzeit, 10 Prozent sind geringfügig beschäftigt. Teilzeitarbeit wird aber vor allem in wenig qualifizierten Tätigkeiten und mit geringer Entlohnung angeboten. In der Gruppe der teilzeitbeschäftigten Frauen sind nur 8 Prozent in höheren oder führenden Tätigkeiten. Zwei Drittel der teilzeitbeschäftigten Frauen verrichten Hilfsarbeiten oder angelernte Arbeiten. Um die Qualität der Frauenbeschäftigung zu erhöhen, fordert die AK Vollversammlung den Ausbau der Mitbestimmungsrechte bei der Gestaltung der Arbeitszeit und ein Recht auf Teilzeit mit Rückkehrrecht zur Vollzeit. Außerdem sollen für Arbeitgeber die finanziellen Anreize bei geringfügiger Beschäftigung entfallen.

Die neu geschaffenen Zuverdienstregelungen zum Kinderbetreuungsgeld werden stark in Anspruch genommen. Die Beschäftigung während der Karenz führt jedoch zur Aushöhlung des Kündigungsschutzes. Die AK Vollversammlung fordert daher den uneingeschränkten Erhalt des Kündigungsschutzes bei Zuverdienst in der Karenz und ein Recht auf Teilzeitkarenz.

LOHNSTEUER SENKEN

Die Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer verlangt eine rasche Lohnsteuersenkung, um vorrangig kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Eine Steuersenkung soll die Kaufkraft fördern, damit das Wirtschaftswachstum stärken und für mehr Beschäftigung sorgen.

Bei der von der Vollversammlung geforderten Lohnsteuertarifsenkung sollen Jahreseinkommen bis 10.000 Euro Bemessungsgrundlage überhaupt steu-

erfrei sein, und die Negativsteuer soll zumindest verdoppelt werden. Österreich hat auf Grund der ungleichen Besteuerungsmaßnahmen eine Rekordabgabenquote von 46 Prozent. Den Lohnsteuerpflichtigen wurde mit Maßnahmen wie Halbierung des Arbeitnehmerabsetzbetrages, Kürzung des allgemeinen Absetzbetrages, Unfallrentenbesteuerung, der verschärften Besteuerung von Urlaubersatzleistungen, Kündigungsentschädigungen, Pensionsablösen, Insolvenzausfallgeldzahlungen oder freiwilligen Abfertigungen, Einkommen entzogen. Das Nettoeinkommen der ArbeitnehmerInnen ist dadurch im Jahr 2001 gesunken und hat die Konjunktur unnötig abgeschwächt. Die ArbeitnehmerInnen brauchen wieder mehr Geld, um die Kaufkraft zu stärken. Gleichzeitig wurden durch das Streichen des Investitionsabsetzbetrages die Investitionen der Unternehmen negativ beeinflusst. All diese Maßnahmen haben zu einem bedrohlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit, insbesondere auch der Jugendarbeitslosigkeit, geführt. Wenn diese Rahmenbedingungen fortbestehen, ist der Weg in die Rezession unvermeidlich.

Durch das Hochwasser- und Konjunkturbelebungs paket wurden unübersichtliche Investitionsförderungen beschlossen. Für ArbeitnehmerInnen wurden nur erweiterte Absetzmöglichkeiten für Hochwasserschädigte sowie die Absetzbarkeit von Umschulungsmaßnahmen möglich. Diese Maßnahmen reichen nicht aus, um eine Trendwende bei der Konjunktur herbeizuführen.

HERAUSFORDERUNGEN DER ZUKUNFT ANGEHEN

Der Sozialstaat und mit ihm die gesamte Gesellschaft steht schon heute und viel mehr noch in den kommenden Jahren vor zentralen Herausforderungen. Die Vollversammlung der AK fordert die neue Regierung auf, diese Herausforderungen aktiv anzugehen. Die AK bietet auch der neuen Regierung bei der Lösung der Probleme der Zukunft ihre konstruktive Zusammenarbeit an.

Der Schlüssel für die Bewältigung der Herausforderungen liegt in einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung. Diese kann über qualitätsvolle, sozial abgesicherte Arbeitsplätze jene Finanzierungsquellen gewährleisten, die für die Sicherung der Pensionen und die erforderliche Ausstattung des Gesundheitswesens notwendig sind.

DIE RESOLUTION DER VOLLVERSAMMLUNG KANN TELEFONISCH UNTER 01/50165-2210 BESTELLT WERDEN.

P.b.b. AK Aktuell, Zulassungsnummer 01Z0228511

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1040 Wien,
Herausgeber, Verleger: Kammer für Arbeiter und
Angestellte für Wien, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22,
Abt. IF, Telefon: 501 65 2210.
FAX 501 65 2245, Internet: <http://www.akwien.at>
E-Mail: akmailbox@akwien.at
Verlags- und Herstellort: Wien
